

Rede von Ekaterina Kulakova, Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden, anlässlich der Gedenkfeier am 27. Januar 2026 im ehemaligen Richthof der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Dierks,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Klepsch,
Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Donhauser,
sehr geehrte Landtagsabgeordnete und Mitglieder des Stadtrates Dresden,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Polizei Dresden und der Bundeswehr,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Religionsgemeinschaften,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien, der Vereine und Bürgerinitiativen,
sehr geehrter, lieber Herr Howald,

ich spreche heute im Namen des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden, der Jüdischen Gemeinde zu Dresden – und auch im Namen der Jüdinnen und Juden, für die der 27. Januar nicht nur ein Gedenktag ist, sondern ein Tag schmerzlicher Erinnerung.

An diesem Tag gedenken wir unserer Vorfahren, die vertrieben und vernichtet wurden, allein weil sie Juden waren. Es erschüttert die Seele, wenn man versucht, sich vorzustellen, wie dieser Massenmord auf Regierungsebene geplant, organisiert und durchgeführt wurde. Welche Maschinerie aufgebaut wurde, wie präzise jede Kleinigkeit, jeder Schritt kalkuliert war.

Erinnern wir uns an die Nürnberger Gesetze: Jude, Mischling ersten Grades, Mischling zweiten Grades. Und später konnte jeder Mitarbeiter, jeder Soldat, jeder Offizier sagen: „Das war nicht mein Wunsch und nicht meine Idee. Ich habe nur Befehle befolgt.“

Manchmal denke ich, dass wir eine solche gedankenlose Existenz mancher Menschen nicht vollständig verhindern können. Aber wir leben heute in einem Informationsluxus: Dank des technischen Fortschritts kann sich jeder von uns jederzeit informieren, Nachrichten lesen und sich eine eigene Meinung bilden.

Und dennoch gibt es heute genauso antisemitische Vorfälle wie schon vor Jahrzehnten. Ich möchte einige Beispiele nennen – nur stichpunktartig: Parolen wie „verjudetes Berlin“, „Pestbeule des Reiches“, die Diffamierung avantgardistischer Kunst und Kultur als „undeutsch“ oder als „typisches Judenprodukt“.

Ein unbekannter Mann sagt zu dem Besitzer eines israelischen Restaurants in Berlin-Schöneberg:
„Du kriegst deine Rechnung. In fünf oder zehn Jahren kriegst du deine Rechnung – deine ganze Familie, deine ganze Sippe hier. Niemand schützt euch. Ihr werdet alle in der Gaskammer landen. Alle wieder zurück in eure blöde Gaskammer. Keiner will euch hier, mit euren kleinen jüdischen Restaurants.“

Eine Polizistin im Rhein-Main-Gebiet sagt: „Also ich habe heute keine Lust, über den Holocaust zu reden. Damit will ich nichts zu tun haben.“

Eine E-Mail einer bekannten deutschen Wohlfahrtsorganisation an eine Bildungseinrichtung in Frankfurt am Main:
„In Frankfurt als Bankenstadt interessiert die Gruppe besonders, was an dem Vorurteil dran ist, dass in Banken ein hoher Anteil jüdischer Angestellter war oder ist.“

Ein zwölfjähriger Schüler zeigt während des Unterrichts Lehrerinnen, Lehrern und Mitschülern den Hitlergruß. „Du Jude“ ist an Schulen längst zu einem alltäglichen Schimpfwort geworden.

Ein Mann setzt in Gießen eine Synagoge, in der sich Menschen befinden, in Brand, zeigt den Hitlergruß und schreit:
„Fuck Israel!“

Unbekannte verbrennen Bücher am Denkmal für die Opfer des Faschismus.

Zeitungsanzeigen mit der Aufschrift: „Kauft nicht beim Juden“.

Eine Stellenanzeige in einem sächsischen Amtsblatt der Kreisstadt Sebnitz: „Ausbildungsplatz ab 2026 – aber keine Hakennasen, Bimbos oder Zeppelinträger.“

Aushänge in Restaurants: „Israelische Bürger sind in diesem Lokal nicht willkommen.“

Schaufensterschilder: „Juden haben hier Hausverbot.“

Schmierereien: von Hakenkreuzen bis zu „Juden vergasen“.

Es gibt aber auch andere Beispiele: Den „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, gegründet 1921 – ein überkonfessioneller Verein zur Abwehr des Antisemitismus, dessen Vorsitzender kein Jude war. Oder das „Bündnis gegen Antisemitismus in Dresden und Ostsachsen“, ein Zusammenschluss jüdischer Organisationen und der Zivilgesellschaft, gegründet 2020 – ebenfalls koordiniert von Nichtjuden.

Ich habe bewusst Beispiele aus dem letzten Jahr und aus den Jahren 1930 bis 1939 gewählt.

Sagen Sie mir bitte: Können Sie klar unterscheiden, aus welcher Zeit sie stammen?

Ich weiß, dass heute viele Menschen hier sind, die interessiert, informiert und politisch engagiert sind. Doch die Beispiele klingen erschreckend ähnlich.

Ich bin keine große Rednerin und hätte nie gedacht, dass jemand mich zitieren würde. Aber heute tue ich es selbst. Am 9. November habe ich bei einer Gedenkveranstaltung gesagt: „Der Weg von der freien Äußerung antisemitischer Parolen zur körperlichen Gewalt ist unglaublich kurz.“

Heute wundert es kaum noch jemanden, wenn Menschen, die äußerlich als jüdisch erkennbar sind – durch Kippa, Davidstern oder andere religiöse Zeichen – geschlagen werden. Ich bitte heute Gemeindemitglieder ausdrücklich, Kippa oder Davidstern nicht öffentlich zu tragen. Das ist unsere Realität.

Es gibt heute keine Stadt in Deutschland, in der nicht in jüngster Zeit eine Synagoge oder ein jüdischer Friedhof mit antisemitischen Schmierereien beschädigt wurde.

Antisemitische Demonstrationen wurden lange Zeit kaum wahrgenommen. Erst als in Connewitz in Leipzig Parolen wie „Israel bombardieren“ und „Nieder mit den Zionisten“ gerufen wurden und diese Demonstration bundesweit Aufmerksamkeit erlangte, sehe ich ernsthaft besorgte Gesichter bei politischen Akteuren und hohen Beamten.

Wenn wir weiter nur beobachten und passiv bleiben, dann steuern wir erneut auf die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, politisch Andersdenkenden – und wer weiß, wen noch – zu. Nur diesmal mit höherem technischem Niveau und moderner, kreativer Propaganda.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien, Sie tragen politische Verantwortung – auch für Ihre Parteimitglieder. Ein Kranz bei einer Gedenkveranstaltung ein paar Mal im Jahr ist wichtig, aber er reicht nicht aus. Man muss in den eigenen Parteien sprechen, erklären, widersprechen.

In der Chronik antisemitischer Vorfälle finden sich Täter aus verschiedenen Parteien: im Jahr 2025 mehrfach aus der Linken und häufiger aus der AfD. Meine Frage an Sie lautet: Wie planen Sie, diese Situation innerhalb Ihrer Parteien zu verändern? Planen Sie überhaupt etwas?

Bevor wir sagen, dass nicht viel von uns abhängt, sollten wir uns zuerst fragen: Wollen wir unser Land in die Hölle der Unwissenheit und der böartigen Aggression führen? Erkennen wir, dass wir bereits auf diesem Weg sind?

Die wichtigste Frage – für Juden und für Nichtjuden gleichermaßen – lautet:

Brennt unser Land bereits, oder haben wir noch Zeit, Kraft und den Willen, etwas zu ändern?